



C/41/4

ORIGINAL: englisch

DATUM: 31. August 2007

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENÈVE

DER RAT

Einundvierzigste ordentliche Tagung
Genf, 25. Oktober 2007

ENTWURF EINES PROGRAMMS UND HAUSHALTSPLANS
FÜR DIE RECHNUNGSPERIODE 2008-2009

Vom Generalsekretär vorgelegt

Einleitung

1. Gemäß dem UPOV-Übereinkommen (Artikel 23 Absatz 2 des Übereinkommens von 1961 und der Akte von 1978, und Artikel 27 Absatz 2 der Akte von 1991) wird hiermit der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009 dem Rat zur Annahme vorgelegt.
2. Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans konzentriert sich auf folgende vier Unterprogramme:
 - UV.1 Allgemeine Sortenschutzpolitik
 - UV.2 Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems
 - UV.3 Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen
 - UV.4 Externe Beziehungen.

3. Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009 sieht Gesamtausgaben in Höhe von 6 605 000 CHF vor. Die Einnahmen werden auf 6 754 000 CHF veranschlagt. Am Schluß der Rechnungsperiode 2008-2009 werden sich die Reserven (Reservefonds und Betriebsmittelfonds) auf 1 323 000 CHF belaufen. Der Reservefonds allein wird 800 000 CHF bzw. 12,1 % der veranschlagten Ausgaben umfassen.

4. In diesem Dokument wird zudem berichtet, daß eine Reihe von Entwicklungen während der Umsetzung des Haushaltsplans 2006-2007 zu beträchtlichen Einsparungen führen dürften (vergleiche Absatz 23). Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009 geht davon aus, daß am Schluß der Rechnungsperiode 2006-2007 hinsichtlich des resultierenden Überschusses 6 % der Personalkosten der Rückstellung für Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen zugeführt werden (vergleiche Absatz 24) und daß der Restbetrag für die Aufstockung des Reservefonds verwendet wird (vergleiche Absatz 28).

5. Das Verbandsbüro wird 11 Posten umfassen.

6. Der Rat der UPOV wird ersucht, folgendes zu billigen:

a) die in diesem Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009 enthaltenen Vorschläge, einschließlich des Betrags der Beiträge der Mitglieder;

b) die vorgeschlagene Höchstgrenze für die Ausgaben im ordentlichen Haushalt;

c) die Gesamtzahl der Posten für das Verbandsbüro;

d) die Zuweisung von 6 % der Personalkosten an die Rückstellung für Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen am Schluß der Rechnungsperiode 2006-2007;

e) die Zuweisung von 3 % der Personalkosten an die Rückstellung für Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen am Schluß der Rechnungsperiode 2008-2009, und

f) ein für den Reservefonds angestrebtes Niveau von 20 % der veranschlagten Ausgaben.

[Inhaltsverzeichnis folgt]

INHALTSVERZEICHNIS

A. Überlegungen zur Politik

- **Herausforderungen und Grundzüge des Programms**
- **Prioritätensetzung und Strukturierung der Tätigkeiten**
- **Aufbau des Haushaltsentwurfs**
- **Ergebnisbewertung**

B. Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009

C. Programmbeschreibung

UV.1 Allgemeine Sortenschutzpolitik

UV.2 Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems

UV.3 Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen

UV.4 Externe Beziehungen

D. Einnahmen für die Rechnungsperiode 2008-2009

E. Finanzindikatoren 2002-2011

Anlagen I bis III

UPOV-Leitsatz

**Bereitstellung und Förderung eines wirksamen Sortenschutzsystems
mit dem Ziel, die Entwicklung neuer Pflanzensorten
zum Nutzen der Gesellschaft zu begünstigen.**

A. Überlegungen zur Politik

Herausforderungen und Grundzüge des Programms

7. Die höheren Einnahmen aus zusätzlichen Mitgliedern im Zeitraum 2006-2007 und ein beträchtlicher Rückgang der Ausgaben im Vergleich zum Voranschlag erlaubten eine maßvolle Erweiterung der Programme insbesondere in Afrika, Zentralasien und Lateinamerika, die in der Rechnungsperiode 2008-2009 aufrechterhalten werden dürfte. Staaten und regionale Organisationen insbesondere in Afrika bekundeten wachsendes Interesse am Sortenschutz nach dem UPOV-Übereinkommen. Für den Zeitraum 2008-2009 sind die im Programm und Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2006-2007 enthaltenen Überlegungen nach wie vor weitgehend gültig.

8. In der kommenden Rechnungsperiode 2008-2009 wird es nach wie vor eine notwendige und anspruchsvolle Aufgabe bleiben, einen wirksamen Sortenschutz bereitzustellen, um die Entwicklung neuer Pflanzensorten zum Nutzen der Gesellschaft zu begünstigen. Der im Januar 2006 veröffentlichte UPOV-Bericht über die Auswirkungen des Sortenschutzes zeigte auf, daß sowohl die Umsetzung des UPOV-Übereinkommens als auch die Mitgliedschaft bei der UPOV von wesentlicher Bedeutung sind, um in vollem Umfang in den Genuß der Vorteile zu gelangen, die der Sortenschutz zu erzeugen vermag. Aus dem Bericht geht auch hervor, daß die Erweiterung der UPOV neuen wie bestehenden UPOV-Mitgliedern Vorteile bringt.

9. Der Verband ist bestrebt, gemäß dem UPOV-Übereinkommen sein Sortenschutzsystem so zu verwalten und zu entwickeln, daß die Qualität der von seinen Mitgliedern erteilten Schutztitel zu annehmbaren Kosten gesichert wird. Der Verband bemüht sich um eine verbesserte Effizienz, um die finanziellen Belastungen auf dem Endprodukt – der geschützten Sorte – auf ein Mindestmaß zu reduzieren. So sollten die Mitgliedschaft beim Verband und die Beteiligung an einem international harmonisierten System einen wirtschaftlichen Nutzen für das einzelne Verbandsmitglied bringen.

10. In den vergangenen zwei Jahrzehnten nahm die Mitgliedschaft des Verbandes erheblich zu. Ende 1991 zählte der Verband 20 Mitglieder; zu Beginn der Rechnungsperiode 2008-2009 dürfte sich diese Zahl auf rund 65 Mitglieder erhöhen. In den Entwicklungsländern und in den Ländern im Übergang zur Marktwirtschaft wächst das Bewußtsein, daß verbesserte Sorten ein wichtiges Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft sind. Immer

mehr Länder erkennen, daß moderne Sorten Handelsmöglichkeiten bieten und Einnahmen erzeugen können, wenn ein zuverlässiger rechtlicher Rahmen für den Schutz des geistigen Eigentums errichtet wird. In vielen Ländern müssen sich die staatlich finanzierten Institutionen für landwirtschaftliche Forschung und Pflanzenzüchtung zudem aus Gründen der Haushaltsrestriktionen nach Wegen zur Deckung des Aufwands mittels eines wirksamen Schutzes ihrer neuen Sorten umsehen, damit sie ihre Forschungs- und Züchtungstätigkeit fortsetzen können.

11. Die gegenseitigen Vorteile offener Volkswirtschaften schlagen sich in der im Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Übereinkommen über TRIPS) enthaltenen Verpflichtung zum Schutz von Pflanzensorten nieder. Die Annahme, daß die UPOV bis Ende der Rechnungsperiode 2008-2009 rund 70 Verbandsmitglieder zählen wird, ist daher realistisch.

12. Die nachstehend aufgeführten Staaten und Organisationen äußerten den Wunsch, bei der Errichtung wirksamer Rechtsvorschriften über den Sortenschutz mit der UPOV zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklung setzt besondere Bemühungen seitens des Verbandes voraus, die neuen und die potentiellen Verbandsmitglieder bei der Entwicklung und Umsetzung des Sortenschutzes zu unterstützen und zu beraten. Der Vorrang ist neuen und potentiellen Mitgliedern gemäß ihrer Bindung bezüglich des Beitritts zum UPOV-Übereinkommen einzuräumen.

Staaten (18) oder Organisationen (1), die beim Rat der UPOV das Verfahren für den Beitritt zum Verband eingeleitet haben

Ägypten, Armenien, Costa Rica, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Georgien, Guatemala, Honduras, Indien, Kasachstan, Malaysia, Mauritius, Montenegro, Philippinen, Serbien, Simbabwe, Tadschikistan, Türkei, Venezuela sowie die Afrikanische Organisation für geistiges Eigentum (Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kongo, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik (16)).

Weitere Staaten (47), die mit dem Verbandsbüro in Verbindung standen, um Rechtsvorschriften im Einklang mit dem UPOV-Übereinkommen zu entwickeln

Afghanistan, Algerien, Arabische Republik Syrien, Bangladesch, Barbados, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Demokratische Volksrepublik Laos, Dominica, Dschibuti, El Salvador, Fidschi, Gabun, Ghana, Griechenland, Guyana, Indonesien, Irak, Islamische Republik Iran, Jamaika, Jemen, Kambodscha, Königreich Bahrain, Kuba, Libanon, Libysch-Arabische Dschamahirija, Madagaskar, Malawi, Mongolei, Myanmar, Nepal, Oman, Pakistan, Peru, Sambia, Saudi-Arabien, Seychellen, Sri Lanka, Sudan, Suriname, Thailand, Tonga, Turkmenistan, Uganda, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Republik Tansania, Zypern.

13. Es wird erwartet, daß die Zahl der nach dem UPOV-System erteilten Schutztitel, die sich zur Zeit auf rund 8 500 jährlich beläuft, auch in der kommenden Rechnungsperiode zunehmen wird. Die Gesamtzahl der nach dem UPOV-System erteilten Schutztitel wird auf

weit über 100 000 geschätzt. Gegenwärtig sind annähernd 67 000 Schutztitel in Kraft. Der Schutz wurde Sorten von schätzungsweise rund 3 000 Gattungen und Arten erteilt. Die UPOV hat deshalb großes Interesse an der laufenden Diskussion über Biodiversität und pflanzengenetische Ressourcen für die Ernährung und die Landwirtschaft.

14. Der Sortenschutz ist ein hochspezialisiertes Gebiet. Die Grundsätze des UPOV-Übereinkommens und die darin behandelten Fragen sind der breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt. Internationale Organisationen, die von staatlicher Finanzierung abhängen, sind verpflichtet, ihre Rolle und Tätigkeit zu erläutern und am öffentlichen Dialog über Fragen von Belang für ihren Verantwortungsbereich teilzunehmen. Vor diesem Hintergrund muß der Verband sein Leitbild und seine Präsenz in der Öffentlichkeit in der kommenden Rechnungsperiode beibehalten.

15. Das Schutzsystem *sui generis* des UPOV-Übereinkommens ist spezifisch für Pflanzensorten bestimmt. Es sind andere Formen des Schutzes des geistigen Eigentums vorhanden, die das UPOV-System ergänzen können; das offensichtlichste ist das Patentsystem. Ferner erfordert die laufende Debatte über Biodiversität, pflanzengenetische Ressourcen und traditionelle Kenntnisse in der kommenden Rechnungsperiode weiterhin die Aufmerksamkeit des Verbandes im Rahmen der Bestrebungen, dafür zu sorgen, daß sich die Systeme in bezug auf das UPOV-Übereinkommen gegenseitig unterstützen.

Prioritätensetzung und Strukturierung der Tätigkeiten

16. Die Grundzüge des Programms für die Rechnungsperiode 2006-2007 bleiben weitgehend auch für die Rechnungsperiode 2008-2009 gültig. Angesichts der wachsenden Nachfrage nach Unterstützung ist es jedoch notwendig, spezifische Prioritäten auszuweisen:

17. Gemäß der Anleitung des Rates ist weiterhin eine Konzentration der Tätigkeiten gemäß folgenden Richtlinien erforderlich:

- Dienstleistungen für bestehende Verbandsmitglieder, um die Effektivität und Effizienz des Züchterrechtssystems zu verbessern;
- Setzen von Prioritäten und Konzentration der Informationen, der Beratung und der Ausbildungstätigkeit auf neue Verbandsmitglieder sowie auf potentielle neue Mitglieder gemäß der Bindung von Staaten oder Organisationen bezüglich des Beitritts zum UPOV-Übereinkommen;
- Koordinierung von Veranstaltungen, z. B. Zusammenlegung der Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen mit regionalen oder nationalen Veranstaltungen;
- Setzen von Prioritäten für die Tätigkeiten im Bereich der externen Beziehungen, und;
- Einsatz der Kommunikationstechnologien (z. B. Fernlehrgänge, Videokonferenzen).

18. Es wird vorgeschlagen, die Bemühungen hinsichtlich bestimmter Projekte fortzusetzen, die eingeleitet wurden und bereits beträchtliche Ergebnisse erzielten und die mittel- bis langfristige Vorteile bringen dürften:

- Weiterentwicklung von Fernlehrgangsmaterial in allen UPOV-Sprachen mit Schwerpunkt auf der Einführung eines neuen Lehrgangs über die Prüfung von Anträgen auf Erteilung von Züchterrechten;
- systematischer Ansatz für Aus- und Weiterbildung, der die in den kommenden Jahren erwartete wachsende Zahl neuer Verbandsmitglieder reflektiert und die Wirksamkeit der bestehenden Tätigkeitsformen maximiert, wie nationale und regionale Arbeitstagungen und Seminare, und diese durch neue Vorgehensweisen wie Fernlehrgänge ergänzt, und
- Einrichtung und Verbesserung von Datenbanken im Zusammenhang mit verbesserten Dienstleistungen für bestehende und künftige Mitglieder, die ein wirksames Sortenschutzsystem gewährleisten.

19. Vorsorge wurde getroffen, es dem Verbandsbüro zu ermöglichen, Referenten und sonstige Unterstützung für die internationalen Ausbildungslehrgänge bereitzustellen, die von einer wachsenden Anzahl Mitglieder angeboten werden (Japan, Niederlande, Republik Korea, Schweden und Vereinigte Staaten von Amerika).

20. Ferner wurde Vorsorge getroffen, die erheblich reduzierten Möglichkeiten der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) auszugleichen, Projekte von gemeinsamem Interesse mitzufinanzieren.

21. Da sich die Struktur der Unterprogramme der Rechnungsperiode 2006-2007 bewährte, wird vorgeschlagen, diese in der Rechnungsperiode 2008-2009 wie folgt beizubehalten:

Unterprogramm 1: Allgemeine Sortenschutzpolitik – Dieses umfaßt politische Orientierung und Koordinierung der Tätigkeiten des Verbandes, wie vom Generalsekretär und seinen leitenden Organen (Rat und Beratender Ausschuß) durchgeführt.

Unterprogramm 2: Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems – Hierzu gehört die Leitung und Betreuung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, des Technischen Ausschusses und seiner Technischen Arbeitsgruppen und die Erteilung juristischer und technischer Beratung.

Unterprogramm 3: Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzzüchtungen – Hierzu gehört die Bereitstellung von Beratung, Unterstützung und Ausbildung für bestehende und potentielle Verbandsmitglieder.

Unterprogramm 4: Externe Beziehungen – Dieses umfaßt die Verstärkung des externen Einflusses der UPOV, die Herstellung von Produkten zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, sowie Beziehungen zu zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen.

Aufbau des Haushaltsentwurfs

22. Der vorgeschlagene Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 verbleibt weitgehend auf dem Stand der vorherigen Rechnungsperiode und sieht einen geringfügigen

Überschuß vor. Die Reserven (Reservefonds und Betriebsmittelfonds) dürften sich auf 1 323 000 CHF stellen. Der Reservefonds allein dürfte sich auf 800 000 CHF bzw. 12,1 % der veranschlagten Ausgaben belaufen.

Tabelle 1: Einnahmen, Ausgaben und Reserven 2004-2005, 2006-2007 und 2008-2009
(in 1 000 CHF)

	2004-2005	2006-2007	2006-2007	Abweichung		2008-2009
	Tatsächlich	Erwartet	Haushalt	D	D/C(%)	Veranschlagt
	A	B	C			E=C+D
A. Einnahmen	6,043	6,757	6,701	53	0.8	6,754
B. Ausgaben	6,026	6,206	6,550	55	0.8	6,605
Differenz (B-A)	17	551	151			149
C. Reservefonds ^a	100	651	186			800
D. Betriebsmittelfonds	465	513	508			523
E. Reserven insgesamt am Ende der Haushalts- periode (C+D) ^{a *}	565	1,164	694			1,323

^a *Strikte Haushaltskontrolle hatte am Schluß der Rechnungsperiode 2004-2005 reduzierte Ausgaben und höhere Reserven als geplant (450 000 CHF) zur Folge. Weitere Maßnahmen bei der Umsetzung des Haushaltsplans 2006-2007 dürften zu weiteren Einsparungen führen (Einzelheiten siehe Absatz 23). Deshalb wird nun damit gerechnet, daß sich die Reserven am Schluß der Rechnungsperiode 2006-2007 auf etwa 1 164 000 CHF anstatt wie ursprünglich veranschlagt auf 694 000 CHF stellen werden.*

* *Schließt den Reservefonds und den Betriebsmittelfonds ein; die Rückstellung für Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen dürfte sich Ende 2009 auf 300 000 CHF stellen.*

23. Verschiedene Entwicklungen während der Umsetzung des Haushaltsplans 2006-2007 dürften zu erheblichen Einsparungen führen. Besonders von Belang sind:

- die Abklärung mit WIPO, daß alle Übersetzungskosten vom Posten „Betriebsaufwand“ erfaßt werden;
- die Umwandlung eines Postens in der Kategorie „Höherer Dienst“ in einen Posten der Kategorie „Allgemeiner Dienst“;
- eine sechsmonatige Vakanz in einem Posten im „Allgemeinen Dienst“, und
- Die Aufschiebung der Inanspruchnahme von Diensten für die Entwicklung von Datenbanken, um zuvor die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der WIPO zu prüfen.

24. Diese Entwicklungen dürften bis Ende der laufenden Rechnungsperiode insgesamt zu einem Überschuß von 400 000 CHF gegenüber dem veranschlagten Betrag von 151 000 CHF führen, wenn 6 % der Personalkosten der Rückstellung für Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen zugeführt werden, um die Empfehlung Nr. 2¹ des Buchprüfungsberichts über die Rechnungsperiode 2004-2005 an den Rat (vergleiche Dokument C/40/4, Anlage B, Seite 5) zu befolgen.

25. Die Geschäftsordnung der UPOV sieht vor, daß die Personal- und Finanzordnung der WIPO entsprechend auf die UPOV angewandt wird. Das System der Organisationen der Vereinten Nationen wird ab dem Jahr 2010 von den Buchführungsnormen der Vereinten Nationen zu den Internationalen Bilanzierungsnormen für den öffentlichen Sektor (International Public Sector Accounting Standards, IPSAS) wechseln. Entsprechend schlug die WIPO auch ihren Mitgliedstaaten vor, ab 2010 die IPSAS zu übernehmen. Die vorgeschlagene neue Finanzordnung der WIPO (die ihren Mitgliedstaaten im September 2007 vorgelegt wird) berücksichtigt vorbehaltlich der Zustimmung der WIPO-Versammlungen die Übernahme der IPSAS. Der Übergang zu diesen neuen Normen im Jahre 2010 wird die Organisationen verpflichten, die Verbindlichkeit für Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen nach Ausscheiden aus dem Dienst in ihre Rechnungsabschlüsse (als Verbindlichkeiten in ihren Bilanzen) aufzunehmen.

26. Laut der versicherungsmathematischen Bewertung, die im Rahmen einer von der WIPO in Auftrag gegebenen unabhängigen Studie vorgenommenen wurde, belief sich die aufgelaufene Verbindlichkeit bezüglich des UPOV-Personals im Dezember 2005 auf 963 300 CHF².

27. Angesichts der obigen Ausführungen und aufgrund der verfügbaren Schätzung der Höhe der aufgelaufenen Verbindlichkeit und im Einklang mit der Empfehlung Nr. 2¹ des Buchführungsberichts wird vorgeschlagen, daß die UPOV damit beginnt, die langfristigen Verbindlichkeiten der Organisation für Ausscheiden aus dem Dienst und Krankenversicherung nach Ausscheiden aus dem Dienst (After-Service Health Insurance, ASHI) zu einem Satz von 6 % der zweijährigen Personalkosten für die Rechnungsperiode 2006-2007 schrittweise zu decken. Ferner wird vorgeschlagen, daß zum Ende der Rechnungsperiode 2008-2009 eine Zuweisung von 3 % der Personalkosten an diese Rückstellung vorgenommen wird. Empfehlungen bezüglich der weiteren Finanzierung dieser versicherungstechnischen Verbindlichkeit werden in den kommenden Rechnungsperioden in die Haushaltsvorschläge der UPOV aufgenommen werden.

28. Gemäß Empfehlung Nr. 3³ des Buchprüfungsberichts über die Rechnungsperiode 2004-2005 an den Rat wird vorgeschlagen, den erwarteten Überschuß für die Aufstockung des Reservefonds zu verwenden. Der Reservefonds würde sich am Schluß der Rechnungsperiode 2006-2007 dann auf etwa 650 000 CHF stellen, was 9,9 % des Haushaltsplans entspricht, und der Betriebsmittelfonds würde 513 000 CHF erreichen. Da nur der Reservefonds für die Deckung vorübergehender struktureller Defizite verfügbar wäre, erscheint es notwendig, sich auf eine angemessene Höhe zu einigen. Die erheblichen

¹ „Empfehlung Nr. 2: Ich vertrete die Ansicht, daß die UPOV vorsichtshalber eine Rückstellung für das Ausscheiden aus dem Dienst und für medizinische Leistungen anlegen sollte.“

² Die aufgelaufene Verbindlichkeit zum 31. Dezember 2005, für a) Ausscheiden aus dem Dienst wurde auf 194 300 CHF und b) medizinische Leistungen nach Ausscheiden aus dem Dienst auf 769 000 CHF geschätzt.

³ „Empfehlung Nr. 3: Damit das künftige finanzielle Gleichgewicht der UPOV gewährleistet werden kann, halte ich es für meine Pflicht, den Rat auf die Notwendigkeit der Bildung eines Reservefonds aufmerksam zu machen, der den finanziellen Fortbestand des Verbandes sichert.“

Schwankungen bei den Einnahmen und Ausgaben in den letzten Jahren sprechen dafür, daß ein Niveau von 20 % der veranschlagten Ausgaben für den Reservefonds angestrebt werden sollte, um die erforderliche Stabilität der Tätigkeit der UPOV sicherzustellen. Eine Einschätzung der finanziellen Nachhaltigkeit der UPOV ist in Abschnitt E enthalten. Dieses Dokument enthält ferner drei Anlagen, die eine Beschreibung der Verfahren zur Haushaltsaufstellung, die Beiträge der Verbandsmitglieder und die Erläuterung der Haushaltstitel betreffen.

Ergebnisbewertung

29. Gemäß der im Jahre 2003 eingeführten Praxis wird weiterhin ein System zur Bewertung der Ergebnisse der UPOV angewandt, das Planerfüllungsindikatoren zur Messung der tatsächlichen Ergebnisse verwendet. Der Zweck der Ergebnisbewertung bei der UPOV ist ein doppelter: Erstens erhöht sie die Transparenz für die Verbandsmitglieder und zweitens stellt sie eine konsolidierte Struktur dar, mittels derer die langfristigen Ergebnisse der UPOV verbessert werden können. Ein Ergebnisbewertungsbericht für die Rechnungsperiode 2008-2009 soll als Anlage des Jahresberichts des Generalsekretärs im Oktober 2010 vorgelegt werden; er wird darüber Auskunft geben, inwieweit die erwarteten Ergebnisse erzielt wurden.

B. Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009

30. Das gesamte Tätigkeitsprogramm, das die UPOV in der Rechnungsperiode 2008-2009 durchführen soll, beläuft sich auf 6 931 000 CHF. Dieser Betrag umfaßt 6 605 000 CHF im ordentlichen Haushalt (vergleiche Tabelle 1) und 326 000 CHF, die aus außeretatmäßigen Mitteln im Rahmen von Treuhandvereinbarungen finanziert werden. Sachleistungen sind in diesen Voranschlägen nicht enthalten. Tabelle 2 enthält einen Mittelplan für die Rechnungsperioden 2006-2007 und 2008-2009.

Tabelle 2: Mittelplan 2006-2007 und 2008-2009
(in 1 000 CHF)

Haushaltsplan und verfügbare Mittel	Ordentlicher Haushalt A	Außeretat- mäßige Mittel B	Mittel insgesamt C = A+B
Haushaltsplan 2006-2007			
1 Haushaltsplan	6 550	349	6 899
Verfügbare Mittel 2006-2007			
2 Einnahmen	6 701	349	7 050
3 +/- Überweisung von / zu Reserven	(151)	-	(151)
4 Mittel insgesamt	6 550	349	6 899
Haushaltsplan 2008-2009			
5 Haushaltsplan	6 605	326	6 931
Verfügbare Mittel 2008-2009			
6 Einnahmen	6 754	326	7 080
7 +/- Überweisung von / zu Reserven	(149)	-	(149)
8 Mittel insgesamt	6 605	326	6 931
9 Abweichung 8/4(%)	0,8	-	0,5
Reserven¹ (revidiert)			
	Ordentlicher Haushalt A	Außeretat- mäßige Mittel B	Mittel insgesamt C = A+B
10 Stand 31.12.2005	565 (100)	231	796
11 +/- Überweisung von / zu Reserven	551	-	551
12 Stand 31.12.2007	1 164 ^a (651)	175	1 338
13 +/- Überweisung von / zu Reserven	149	-	149
14 Stand 31.12.2009	1 323 ^a (800)	163	1 486
15 Prozentsatz der veranschlagten Ausgaben	20,0 (12,1)	50,0	21,4

¹ Reservefonds und Betriebsmittelfonds; in Klammern: nur Reservefonds.

^a Schließt den Beitrag neuer Mitglieder an den Betriebsmittelfonds ein (2007: 48 000 CHF; 2009: 10 000 CHF).

31. Tabelle 2 beschreibt auf konsolidierte Weise die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der UPOV sowie die Reserven, einschließlich des Reserve- und des Betriebsmittelfonds. Für den ordentlichen Haushalt 2006-2007 wird nun erwartet, daß der Einnahmenüberschuß über die Ausgaben höher als veranschlagt ausfallen und eine erhebliche Zuweisung an die Reserven erlauben wird. Für die Rechnungsperiode 2008-2009 sind die Ausgaben und Einnahmen auf ähnlichem Niveau veranschlagt wie für die Rechnungsperiode 2006-2007, um Tätigkeiten vorzusehen, die zurückgestellt werden mußten, sowie für spezifische Entwicklungsprojekte (Einrichtung von Datenbanken, Ausarbeitung von weiterem Fernlehrgangsmaterial in allen UPOV-Sprachen), für Dienstleistungen, die früher von der WIPO als Tätigkeiten von direktem Interesse für die UPOV finanziert wurden (z. B. Ausbildung) und die Unterstützung von Ausbildungsprogrammen, die von den Verbandsmitgliedern durchgeführt werden. Diese Tätigkeiten dürften mittel- und langfristig sowohl für die Mitglieder als auch das Verbandsbüro einen bedeutenden Nutzen in Bezug auf Effizienzsteigerungen bringen. Zudem ist mittelfristig die Auffüllung des Reservefonds auf das vorgeschlagene Niveau von 20 % der veranschlagten Ausgaben vorgesehen.

32. Die außeretatmäßigen Mittel umfassen die Treuhandgelder, die freiwillige Finanzspenden von Verbandsmitgliedern an die UPOV sind und in der Regel zur Finanzierung eines zwischen dem Verbandsbüro und dem Geberland vereinbarten spezifischen Programms bereitgestellt werden. Ohne die unabhängigen Entscheidungen von Geberländern beeinflussen zu wollen, wird damit gerechnet, daß sich der Gesamtbetrag der Treuhandgelder für die Rechnungsperiode 2008-2009 auf 326 000 CHF stellen wird.

33. Die Haushaltsänderungen nach Ausgabenposten zwischen den Rechnungsperioden 2004-2005 und 2008-2009 gehen aus Tabelle 3 hervor. Die tatsächlichen Ausgaben im Zeitraum 2004-2005 beliefen sich auf 6 026 000 CHF. Der Haushaltsplan für 2006-2007 weist 6 550 000 CHF bzw. eine Zunahme um 8,7 % aus. Der vorgeschlagene Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 stellt sich auf 6 605 000 CHF, was einer Zunahme von 55 000 CHF bzw. 0,8 % gegenüber dem Haushaltsplan 2006-2007 entspricht. Diese Zunahme setzt sich zusammen aus Einsparungen infolge von Programmänderungen in Höhe von 67 000 CHF (1,0 %) und Erhöhungen infolge von Kostensteigerungen in Höhe von 122 000 CHF (1,9 %).

**Tabelle 3: Vorgeschlagener Haushaltsplan 2008-2009:
Haushaltsänderungen nach Ausgabenposten**
(in 1 000 CHF)

Ausgabenposten	2004-2005	2006-2007	Mitteländerung						2008-2009
	Tatsächlich	Haushaltsplan	Programm		Kosten		Insgesamt		Veranschlagt
			Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%	
	A	B	C	C/B	D	D/B	E=C+D	E/B	F=B+E
A. Personalkosten									
Posten	4 159	4 358	(120)	(2,8)	279	6,4	159	3,7	4 517
Ausgaben für Zeitverträge	-	-	90	-	-	-	90	-	90
Insgesamt	4 159	4 358	(30)	(0,7)	279	6,4	249	5,7	4 607
B. Nichtpersonalkosten									
<i>Reisen und Stipendien</i>									
Dienstreisen	190	270	27	10,0	3	1,0	30	11,1	300
Reisen Dritter	14	70	(1)	(1,4)	1	1,0	0	0,0	70
Stipendien	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	204	340	26	7,7	4	1,2	30	8,8	370
<i>Vertraglich vereinbarte Dienste</i>									
Konferenzen	98	80	39	48,8	1	1,0	40	50,0	120
Berater	-	151	(2)	(1,3)	2	1,0	0	0,0	151
Veröffentlichungen	61	61	(1)	(1,0)	1	1,0	0	0,0	61
Sonstiges	107	130	(99)	(76,2)	1	1,0	(100)	(76,9)	30
Insgesamt	266	422	(63)	108,5	3	1,0	(60)	(14,2)	362
<i>Betriebsaufwand</i>									
Räume und Instandhaltung	185	200	-	-	-	-	-	-	-
Nachrichtenverbindungen und Sonstiges	1 188	1 200	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1 373	1 400	0	0,0	(164)	(11,7)	(164)	(11,7)	1 236
<i>Gerät und Bürobedarf</i>									
Mobiliar und Gerät	4	15	-	-	-	1,0	0	0,0	15
Bürobedarf und Material	20	15	-	-	-	1,0	0	0,0	15
Insgesamt	24	30	-	-	-	1,0	0	0,0	30
INSGESAMT	6 026	6 550	(67)	(1,0)	122	1,9	55	0,8	6 605

34. Aus Tabelle 4 gehen die Anzahl Posten sowie deren Verteilung nach Postenkategorien hervor. Der Posten des Generalsekretärs ist in dieser Zahl enthalten, jedoch ohne Kosten, da der derzeitige Generaldirektor der WIPO ein Gehalt oder Zulagen für seine Funktion als Generalsekretär der UPOV abgelehnt hat. Mit Wirkung ab Februar 2007 wurde ein Posten in der Kategorie „Höherer Dienst“ in einen Posten der Kategorie „Allgemeiner Dienst“ umgewandelt, was die Erhöhung der Personalkosten abschwächte (vergleiche Tabelle 3, Personalkosten). Zur Zeit sind zwei der Posten in der Kategorie „Allgemeiner Dienst“ zu 80 % besetzt. Es wird vorgeschlagen, daß diese Situation und die höhere Arbeitsbelastung infolge des Wachstums des Verbandes in besonders arbeitsintensiven Perioden des Jahres durch befristete Unterstützung in der Kategorie „Allgemeiner Dienst“ erleichtert werden soll. Im Vergleich zum Haushaltsplan 2006-2007 wird eine Erhöhung von 249 000 CHF vorgeschlagen. Die Personalkosten für die Rechnungsperiode 2008-2009 spiegeln eine Kostenerhöhung wider, die auf früherer Erfahrung beruht und eine Rückstellung für

Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen in Höhe von 3 % der Personalkosten umfaßt.

Tabelle 4: Haushaltsplan 2008-2009: Posten nach Kategorien

Posten-Kategorie	2004-2005	2006-2007	Änderung	2008-2009
	A	B	C-B	Veranschlagt
Direktoren-Dienst	3	3	-	3
Höherer Dienst	4	4	-1	3
Allgemeiner Dienst	4	4	+1	5
Insgesamt	11	11	-	11

35. Für Dienstreisen wird eine geringfügige Erhöhung gegenüber dem Haushaltsplan 2006-2007 (370 000 CHF) vorgeschlagen, um den Ersuchen um Unterstützung nachzukommen. Ausgaben für Reisen Dritter werden insbesondere aufgewandt, um auf die Ersuchen neuer Verbandsmitglieder um praktische Unterstützung in technischen Angelegenheiten des Sortenschutzes zu reagieren, was die Beteiligung erfahrener DUS-Sachverständiger aus anderen UPOV-Mitgliedern erfordert. Somit wird eine Rückstellung für rund 36 Dienstreisen und rund 12 Reisen dritter Sachverständiger zu UPOV-Veranstaltungen vorgenommen.

36. Die vertraglich vereinbarten Dienste sind auf 362 000 CHF veranschlagt, was einem Rückgang um 60 000 CHF gegenüber der Rechnungsperiode 2006-2007 entspricht. Dieser Rückgang ergibt sich aus einer mit der WIPO erreichten Verständigung über die Kosten der Übersetzungsarbeiten für die UPOV (vergleiche Absatz 37). Es wird vorgeschlagen, eine Zuweisung von 151 000 CHF für Fachunterstützung bei der Entwicklung von UPOV-Datenbanken über den derzeitigen Stand der Unterstützung der IT-Abteilung der WIPO hinaus beizubehalten, die in der Rechnungsperiode 2006-2007 nicht in Anspruch genommen wurde, da über verschiedene Projekte Beratungen mit der WIPO eingeleitet wurden. Die UPOV-GENIE-Datenbank dürfte Ende der laufenden Rechnungsperiode online sein. Projekte wie die Aufwertung der UPOV-ROM zu einer webbasierten Datenbank für Pflanzensorten und eine künftige Datenbank für Unterstützung bei der Umsetzung des Sortenschutzes werden ebenfalls als Investitionen erachtet, die mittel- und langfristige Vorteile für die UPOV erzeugen dürften. Die Beratungen mit der WIPO über diese Projekte sind im Gange. Die UPOV benötigt jedoch möglicherweise externe Unterstützung zur Umsetzung dieser Projekte.

37. Unter dem Haushaltsposten „Sonstiges“ werden erheblich geringere Ausgaben erwartet (30 000 CHF anstelle von 130 000 CHF), da mit der WIPO im Jahre 2006 vereinbart wurde, daß die Übersetzungskosten für die von der WIPO nach auswärts vergebenen UPOV-Dokumente ebenfalls unter dem Posten „Betriebsaufwand“ für die von der WIPO an die UPOV erbrachten Dienstleistungen eingeschlossen sind.

38. Hinsichtlich des „Betriebsaufwands“ trat eine beträchtliche Änderung ein. Im Einvernehmen mit der WIPO werden die Posten „Räume und Instandhaltung“ und

„Nachrichtenverbindungen und Sonstiges“ zusammengelegt, weil beide die Vergütung für die von der WIPO an die UPOV erbrachten Verwaltungsdienste betreffen, wie in den Artikeln 1 und 2 des Abkommens vom 26. November 1982 (Dokument UPOV/INF/8.) zwischen der WIPO und der UPOV vorgesehen. Außerdem wurde, ebenfalls im Einklang mit Empfehlung Nr. 1⁴ des Buchprüfungsberichts über die Rechnungsperiode 2004-2005 an den Rat (vergleiche Dokument C/40/4, Anlage B, Seite 4) die Höhe der Vergütung überprüft und ein angemessenes Vergütungsniveau von 1 236 000 CHF mit der WIPO vereinbart, was eine Anpassung nach unten von 164 000 CHF gegenüber der Rechnungsperiode 2006-2007 bedeutet.

39. Gerät und Bürobedarf werden wie in der Rechnungsperiode 2006-2007 auf 30 000 CHF veranschlagt.

40. Tabelle 5 enthält hinsichtlich der Gliederung der Ausgaben nach Programmen die veranschlagten Haushaltszuweisungen nach Unterprogrammen.

Tabelle 5: Vorgeschlagener Haushaltsplan 2008-2009: Zuweisung nach Ausgabenposten
(in 1 000 CHF)

<i>Ausgabenposten</i>	<i>Unterprogramm</i>				<i>Insgesamt</i>
	<i>UV.1</i>	<i>UV.2</i>	<i>UV.3</i>	<i>UV.4</i>	
A. Personalkosten	770	2 155	1 120	562	4 607
Posten	770	2 065	1 120	562	4 517
Ausgaben für Zeitverträge	-	90	-	-	90
B. Nichtpersonalkosten					
<i>Reisen und Stipendien</i>	-	130	210	30	370
Dienstreisen	-	130	150	20	300
Reisen Dritter	-	-	60	10	70
Stipendien	-	-	-	-	-
<i>Vertraglich vereinbarte Dienste</i>	51	251	60	-	362
Konferenzen	35	85	-	-	120
Berater	-	121	30	-	151
Veröffentlichungen	16	45	-	-	61
Sonstiges	-	-	30	-	30
<i>Betriebsaufwand</i>	-	1 236	-	-	1 236
<i>Gerät und Bürobedarf</i>	-	30	-	-	30
Mobilier und Gerät	-	15	-	-	15
Bürobedarf und Material	-	15	-	-	15
INSGESAMT	821	3 802	1 390	592	6 605

41. Wie bereits in Abschnitt A umrissen, ist der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009 in vier Unterprogramme gegliedert: Allgemeine Sortenschutzpolitik, verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder /

⁴ „Die Verteilungsschlüssel zwischen WIPO und UPOV sollten im Haushaltsplan der WIPO klar festgelegt werden. Dieser sollte eine Anlage mit den Einzelheiten der auf jeden einzelnen Verband anwendbaren Verteilungsschlüssel enthalten.“

Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems, Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen und externe Beziehungen. Die Personalkosten wurden nach Unterprogrammen als Anteil der Arbeitszeit der Mitarbeiter zugewiesen, die für jedes Unterprogramm aufgewandt werden dürfte. Die Nichtpersonalkosten wurden nach Unterprogramm gemäß deren voraussichtlichen Tätigkeiten aufgeteilt. Es ist anzumerken, daß die gemeinsamen Ausgaben mit der WIPO für die der UPOV erbrachten Verwaltungsdienste im Unterprogramm 2 ausgewiesen sind.

42. Tabelle 6 gibt ferner die Haushaltsänderungen nach Unterprogrammen zwischen dem Haushaltsplan 2006-2007 und dem vorgeschlagenen Haushaltsplan 2008-2009 an.

Tabelle 6: Haushaltsänderung nach Unterprogrammen
(in 1 000 CHF)

<i>Unterprogramm</i>	<i>2006-2007</i> <i>A</i>	<i>Änderung</i>		<i>2008-2009</i> <i>Veranschlagt</i> <i>C=A+B</i>
		<i>Betrag</i> <i>B</i>	<i>%</i> <i>B/A</i>	
UV.1	797	24	3,0	821
UV.2	3 830	(28)	(0,7)	3 802
UV.3	1 351	39	2,9	1 390
UV.4	572	20	3,5	592
INSGESAMT	6 550	55	0,8	6 605

C. Programmbeschreibung

Unterprogramm UV.1

Allgemeine Sortenschutzpolitik

Zielsetzungen:

- ◆ Politische Orientierung und Geschäftsführung.
- ◆ Planung, Umsetzung und Bewertung des Programms und des Haushaltsplans.

Hintergrund

43. Das UPOV-System ist das einzige wirksame und international harmonisierte Sortenschutzsystem *sui generis*. Dieses Unterprogramm bietet den Rahmen für die Beschlußfassung, Verwaltung und Koordinierung aller Tätigkeiten des Hauptprogramms der UPOV, die unter der Leitung der leitenden Organe (Rat und Beratender Ausschuß) durchgeführt werden.

Tätigkeiten

- Vier Tagungen des Rates und vier Tagungen des Beratenden Ausschusses. Je nach den Entscheidungen zur Rationalisierung der Arbeit des Rates und des Beratenden Ausschusses könnte sich im Verlauf der Rechnungsperiode 2008-2009 eine erhebliche Reduzierung der Anzahl Tagungen ergeben.
- Koordinierung, Überwachung und Ergebnisbewertung des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009.
- Aufstellung und Annahme des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011.

Unterprogramm UV.2

Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems

Zielsetzungen:

- ◆ Wahrung und Verbesserung der Qualität des vom UPOV-System gewährten Schutzes.
- ◆ Bereitstellung und Entwicklung der rechtlichen und technischen Grundlage für die internationale Zusammenarbeit im Rahmen eines harmonisierten Vorgehens für den Sortenschutz nach der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens.

Hintergrund

44. Das UPOV-Übereinkommen, das sich im Laufe von mehr als vierzig Jahren Anwendung entwickelte, erwies sich als geeignetes Instrument zur Förderung der Pflanzenzüchtung zum Nutzen der Gesellschaft. Der technische Fortschritt, die Ausdehnung der Grundsätze des Sortenschutzes auf praktisch alle Regionen der Welt sowie auf Staaten mit sehr unterschiedlichem Stand der Wirtschaftsentwicklung erfordern, daß die UPOV-Mitglieder das Übereinkommen unter sich ständig verändernden Bedingungen anwenden. Es ist wesentlich, ein gegenseitiges Verständnis sicherzustellen und klare Richtlinien aufzustellen.

45. Eine Besonderheit des Verbandes ist, daß er das Gewicht nachdrücklich auf die Zusammenarbeit und den internationalen Austausch im technischen Bereich des Sortenschutzes legt. Der Schutz wird nur erteilt, wenn eine Sorte unterscheidbar, homogen und beständig (DUS) ist und die übrigen Voraussetzungen im UPOV-Übereinkommen erfüllt. Die Entscheidung darüber, ob die DUS-Voraussetzungen erfüllt sind, stützt sich in der Regel auf Prüfungen, die den Anbau der Sorte erfordern. Um Ergebnisse zu erzielen, die im gesamten Verband vergleichbar sind, müssen harmonisierte Ansätze für die Sortenprüfung entwickelt und gemäß der gesammelten Erfahrung aktualisiert werden. Dieses harmonisierte Vorgehen ermöglicht Zusammenarbeit, Spezialisierung und Austausch der Ergebnisse zwischen den für den Sortenschutz zuständigen Behörden. Dies ist einer der wichtigsten Faktoren bei der Umsetzung eines wirksamen Systems zu angemessenen Kosten.

46. Die Förderung der rechtlichen und technischen Entwicklung dieses Systems wird hauptsächlich durch die Tagungen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, des Technischen Ausschusses, der Technischen Arbeitsgruppen und ihrer Untergruppen erzielt. Das Verbandsbüro ist für die Organisation dieser Tagungen und die Erstellung der entsprechenden Unterlagen zuständig.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Verstärkte internationale Harmonisierung der Umsetzung des UPOV-Übereinkommens.	1. Abfassung oder Annahme von Erläuterungen zum UPOV-Übereinkommen.
2. Verstärkte internationale Harmonisierung der technischen Einzelheiten der Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit (DUS) neuer Sorten.	2. TGP-Dokumente oder Prüfungsrichtlinien für die Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit (DUS) neuer Sorten, die dem Rat der UPOV oder seinen Ausschüssen vorgeschlagen oder von diesen angenommen werden.
3. Klärung der Rolle der Veröffentlichung von Sortenbeschreibungen.	3. Politik bezüglich der Veröffentlichung von Sortenbeschreibungen, die dem Rat der UPOV vorgeschlagen oder von diesem angenommen wird.
4. Verbesserter Zugang zu Informationen, die für die Prüfung der Anträge wesentlich sind.	4. Verbesserung der Datenbank für Pflanzensorten (UPOV-ROM): a) Einführung des UPOV-Codes, b) Erleichterung der Einreichung von Daten für die UPOV-ROM mittels der Entwicklung einer Datenübertragungstabelle, die es ermöglicht, Daten einzureichen, ohne das TAG-Format zu benutzen, c) Vermittlung einer Ausbildung für die Benutzung der UPOV-ROM, d) Entwicklung einer webbasierten Version der Sortenschutz-Datenbanken. 4.2 Veröffentlichung der GENIE-Datenbank auf der UPOV-Website.

Tätigkeiten

- Vier Tagungen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, zwei Tagungen des Technischen Ausschusses, 11 Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen und ihrer jeweiligen vorbereitenden Arbeitstagungen, Tagungen der Ad-hoc-Arbeitsgruppen. Je nach den Entscheidungen zur Rationalisierung der Arbeit des Rates und des Beratenden Ausschusses könnte sich im Verlauf der Rechnungsperiode 2008-2009 eine erhebliche Reduzierung der Anzahl Tagungen ergeben.
- Entwicklung und Aktualisierung der technischen und juristischen Beratung.
- Erstellung von Prüfungsrichtlinien nach Maßgabe der Erweiterung der UPOV und der laufenden Entwicklungen auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung;
- Ausarbeitung von Dokumenten über die Verfahren für die Prüfungsrichtlinien (TGP) gemäß dem vom Technischen Ausschuss angenommenen und vom Rat gebilligten Programm.

- Bewertung neuer Verfahren für die Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit (DUS).
- Prüfung der etwaigen Verwendung molekularer Marker bei der DUS-Prüfung und der Sortenidentifikation.
- Ausarbeitung von Erläuterungen zum UPOV-Übereinkommen.
- Verbesserungen der Datenbank für Pflanzensorten (UPOV-ROM) und Betrieb der GENIE-Datenbank der UPOV. Diese dürfte von den UPOV-Mitgliedern und von Züchtern intensiv genutzt werden und wird der Öffentlichkeit im Verlauf der Rechnungsperiode 2008-2009 zugänglich gemacht werden. Die Entwicklung einer webbasierten Version der UPOV-Datenbank für Pflanzensorten dürfte in der Rechnungsperiode 2008-2009 abgeschlossen werden.
- Erstellung und Annahme von Informations- und Positionspapieren durch den Rat.

Unterprogramm UV.3

Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen

Zielsetzungen:

- ◆ Unterstützung der Staaten und bestimmter Organisationen, insbesondere der Regierungen der Entwicklungsländer und der Länder im Übergang zur Marktwirtschaft, bei der Ausarbeitung und Verabschiedung von Rechtsvorschriften, die der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens entsprechen.
- ◆ Unterstützung von Staaten und bestimmten Organisationen beim Beitritt zur Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens.
- ◆ Unterstützung von Staaten und bestimmten Organisationen bei der Umsetzung wirksamer Sortenschutzsysteme nach der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens.

Hintergrund

47. Der im Jahre 2006 veröffentlichte UPOV-Bericht über die Auswirkungen des Sortenschutzes zeigte auf, daß sowohl die Umsetzung des UPOV-Übereinkommens als auch die Mitgliedschaft bei der UPOV für Staaten/Organisationen von wesentlicher Bedeutung sind, um in vollem Umfang in den Genuß der Vorteile und der wirtschaftlichen Anreize zu gelangen, die der Sortenschutz zu erzeugen vermag. Es besteht ein nachfragebedingter Bedarf an Unterstützung der Verbandsmitglieder, die dem Verband in jüngerer Vergangenheit beigetreten sind, bei der Umsetzung ihres auf dem UPOV-System beruhenden Sortenschutzsystems. Einer der herausragenden Vorteile für neue Verbandsmitglieder besteht darin, daß sie unverzüglich in den Genuß der vom Verband im Laufe jahrzehntelanger Tätigkeit gesammelten Erfahrung gelangen. Dies dürfte es ihnen ermöglichen, in verhältnismäßig kurzer Zeit ein wirksames System aufzubauen.

48. Über 50 Staaten, die nicht Verbandsmitglieder sind, bekundeten deutlich Interesse an der Einführung eines Sortenschutzsystems aufgrund der vom Verband entwickelten Grundsätze. Viele unter ihnen leiteten einen umfassenden Meinungs austausch mit dem Verbandsbüro über diese Fragen ein. Die UPOV als führende Organisation in allen Sortenschutzfragen ist verpflichtet, Unterstützung und Beratung zu gewähren. Dies setzt ein systematisches Vorgehen nach Maßgabe der in jedem spezifischen Falle erforderlichen Informationen voraus. Dazu gehören erste Besuche bei Staaten und bestimmten Organisationen im Hinblick auf die Erteilung allgemeiner Auskünfte über den Sortenschutz, Seminare mit dem Ziel, die Sortenschutzkreise (Beamte, Züchter und Landwirte) zu sensibilisieren, Teilnahme am Fernlehrgangsprogramm der UPOV, Arbeitstagungen zur Erläuterung spezifischer Elemente des Sortenschutzes sowie Ausbildungslehrgänge für technische Prüfer und Verwaltungsbeamte. Die Ausdehnung des UPOV-Systems auf zusätzliche Mitglieder und dessen Anwendung auf weitere Gattungen und Arten wird dessen globale Effizienz ebenfalls erhöhen und ist von Nutzen für die Volkswirtschaften der bestehenden und der künftigen Verbandsmitglieder.

49. Die Mittel im ordentlichen Haushalt der UPOV zur Finanzierung der im Rahmen dieses Unterprogramms erforderlichen Tätigkeiten sind äußerst begrenzt. Der Rat wies das Verbandsbüro an, seine Dienstleistungen auf die Verbandsmitglieder, neue Mitglieder und diejenigen Staaten/zwischenstaatlichen Organisationen zu konzentrieren, die klare Zusagen abgegeben haben, der UPOV in absehbarer Zukunft beizutreten. Diese Politik entspricht einer der wichtigsten Erkenntnisse des UPOV-Berichts über die Auswirkungen des Sortenschutzes, nämlich daß lediglich diejenigen Staaten, die das UPOV-Sortenschutzsystem anwenden und Mitglieder der UPOV sind, in den vollen Genuß der Vorteile gelangen, die der Sortenschutz zu erzeugen vermag. Die technische Unterstützung für Sortenschutzsysteme, die nicht dem UPOV-Übereinkommen entsprechen, gehört nicht zum Auftrag des Rates. Für diese Fälle wird nur ausnahmsweise und im Hinblick auf die Überarbeitung eines nicht konformen Systems technische Unterstützung geleistet, was in den meisten Fällen von der Umsetzung einer Entscheidung des Rates abhängt. Die Prioritäten der UPOV betreffen daher die Unterstützung von Staaten/Organisationen bei der Errichtung einer angemessenen rechtlichen und organisatorischen Struktur und beim Beitritt zur UPOV und die spätere technische Unterstützung bei der Umsetzung des UPOV-Systems. Die technische Unterstützung kann auch parallel zur rechtlichen Unterstützung bei der Einführung des UPOV-Systems erfolgen.

50. Nationale oder regionale Seminare werden nach Möglichkeit in Verbindung mit Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen der UPOV abgehalten, um die Reisekosten möglichst zu reduzieren und die Präsenz erfahrener DUS-Sachverständiger zu nutzen. Diese Seminare werden zudem durch die Teilnahme an Fernlehrgängen ergänzt; der erste einer Serie dieser Lehrgänge wurde im Rahmen des Programms und Haushaltsplans 2004-2005 durchgeführt. In der Rechnungsperiode 2006-2007 nahmen rund 700 Studierende daran teil. Verschiedene Verbandsmitglieder nahmen aufgrund der Ermunterung durch die UPOV den UPOV-Fernlehrgang als Baustein in ihre internationalen Ausbildungslehrgänge auf.

51. Eine bedeutende Funktion dieses Unterprogramms besteht darin, einen Rahmen zu schaffen, in dem sich das Verbandsbüro bemüht, seine Ressourcen mit außeretatmäßigen Mitteln und Sachleistungen zu ergänzen, die von Verbandsmitgliedern und sonstigen Organisationen bereitgestellt werden. Allgemein läßt sich diese Unterstützung wie folgt gliedern:

a) Außeretatmäßige Finanzmittel

Beispiele für bedeutende außeretatmäßige Finanzmittel sind:

- die von der japanischen Regierung bereitgestellten Treuhandgelder;
- Finanzielle Unterstützung (und Sachleistungen) seitens der französischen Regierung für Seminare in Westafrika und die Ausbildung von Sachverständigen der Afrikanischen Organisation für geistiges Eigentum (OAPI);
- Finanzielle Unterstützung (und Sachleistungen) seitens der spanischen Regierung für Seminare in Lateinamerika oder Spanien;
- Finanzielle Unterstützung (und Sachleistungen) seitens der schwedischen Regierung für Seminare in Zentralasien;

- Finanzielle Unterstützung (und Sachleistungen) seitens der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für Seminare in Afrika;
- Finanzielle Unterstützung seitens dritter Geber.

b) Sachleistungen

Die Unterstützung der Tätigkeit der UPOV durch Sachleistungen, die von zahlreichen Verbandsmitgliedern in Form von DUS-Sachverständigen bereitgestellt werden, die auf UPOV-Veranstaltungen als Referenten auftreten oder technische Unterstützung leisten (z. B. DUST-Programm (Vereinigtes Königreich), GAIA (Frankreich), ist eine wichtige Ressource für die Tätigkeit der UPOV. Wie oben erwähnt, soll die Koordinierung von Seminaren in Verbindung mit UPOV-TWP-Tagungen die Nutzung dieser wertvollen Ressource zu minimalen Kosten für die Verbandsmitglieder maximieren.

c) Unterstützung von Ausbildungsveranstaltungen, die von den Verbandsmitgliedern durchgeführt werden

Eine wachsende Anzahl Verbandsmitglieder bietet internationale Ausbildungslehrgänge auf dem Gebiet des Sortenschutzes oder in verwandten Gebieten an (Japan, Niederlande, Republik Korea, Schweden und Vereinigte Staaten von Amerika). Das Verbandsbüro bemüht sich, diese Veranstaltungen durch Bereitstellung von Referenten, Erleichterung der Teilnahme an den UPOV-Fernlehrgängen und mittels anderweitiger Sachleistungen zu unterstützen

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Einführung einer Rechtsgrundlage für den Sortenschutz nach der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens durch eine wachsende Zahl von Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen.	1.1 Anzahl Kommentare zu Rechtsvorschriften und Verordnungen. 1.2 Kommentare zu Rechtsvorschriften und Verordnungen, die von Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen berücksichtigt wurden.
2. Umsetzung des Sortenschutzes.	2. Anzahl eingeleiteter/durchgeführter Ausbildungsveranstaltungen.
3. Teilnahme an UPOV-Fernlehrgängen.	3.1 Anzahl Teilnehmer an den UPOV-Fernlehrgängen. 3.2 Ausgearbeitetes Lehrmaterial / Fernlehrgang über die Prüfung von Anträgen auf Erteilung von Züchterrechten im Gange.
4. Geographische Erweiterung des UPOV-Systems.	4. Weitere Verbandsmitglieder.
5. Anzahl Gattungen und Arten, für die der Schutz angeboten wird.	5.1 Anzahl Gattungen/Arten, die von den Verbandsmitgliedern geschützt werden. 5.2 Anzahl Gattungen/Arten, deren Sorten Schutz erhielten.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
6. Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Spezialisierung im Sortenschutzwesen.	6.1 Anzahl bilateraler und regionaler Sortenschutzvereinbarungen. 6.2 Zugang zu den in der GENIE-Datenbank enthaltenen Informationen über die verfügbare Erfahrung und die Zusammenarbeit bei der DUS-Prüfung.
7. Anreize für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft der betreffenden Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen.	7.1 Anzahl erteilter Schutztitel. 7.2 Anzahl Schutztitel, die in Kraft sind.

Tätigkeiten

- Beratung von Staaten und bestimmten Organisationen, Veranstaltung von acht Seminaren / technischen Sitzungen (je eine für Lateinamerika, Afrika, die arabischen Länder und die Länder im Übergang zur Marktwirtschaft sowie vier für die Region Asien und Pazifik).
- Durchführung eines Fernlehrgangsprogramms in allen UPOV-Sprachen; Ergänzung durch einen Lehrgang über die Prüfung von Anträgen auf Erteilung von Züchterrechten.
- Entwicklung und Betrieb einer Datenbank für die Unterstützung bei der Umsetzung des Sortenschutzes.

Unterprogramm UV.4

Externe Beziehungen

Zielsetzungen:

- ◆ Verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die UPOV und Erhöhung ihres Einflusses.
- ◆ Vertiefung des Verständnisses der Rolle und Tätigkeit der UPOV.
- ◆ Entwicklung des Leitbildes der UPOV.
- ◆ Wahrung der Attraktivität des UPOV-Systems.

Hintergrund

52. Die öffentliche Wahrnehmung der UPOV ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß der Schutz des geistigen Eigentums im allgemeinen mehr Aufmerksamkeit auf sich zog. Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Übereinkommen über TRIPS) von 1994 verpflichtet die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) zur Einführung eines wirksamen Sortenschutzsystems. Da Pflanzensorten eine wichtige pflanzen genetische Ressource sind, werden sie von den Bestimmungen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) und der Umsetzung des Internationalen Vertrags über pflanzen genetische Ressourcen für die Ernährung und die Landwirtschaft der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) beeinflußt. Die Bedeutung der gegenseitigen Unterstützung bei der Umsetzung dieser internationalen Vertragswerke und des UPOV-Übereinkommens tritt immer deutlicher zutage.

53. Das UPOV-System ist ein wirksames und wohlausgewogenes System *sui generis* zum Schutz des geistigen Eigentums. Die UPOV hat ihre Rolle und die Antworten, die sie auf die in entsprechenden Politikbereichen aufgeworfenen Fragen gibt, zu erläutern und deutlich zu machen.

54. Der Rat erkennt, daß sich die UPOV aktiv an der einschlägigen Arbeit folgender Organisationen beteiligen muß: der WTO und insbesondere ihres Rates für handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Rat für TRIPS), der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) und insbesondere ihrer verschiedenen Ausschüsse und Arbeitsgruppen für Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich, sowie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und insbesondere des Verwaltungsrates des Internationalen Vertrags über pflanzen genetische Ressourcen für die Ernährung und die Landwirtschaft und der Kommission für pflanzen genetische Ressourcen für die Ernährung und die Landwirtschaft. Ziel der Teilnahme der UPOV ist es, das UPOV-Sortenschutzsystem zu erläutern und unterstützende operationelle Wirkungen zu gewährleisten.

55. In diesem Zusammenhang wird auf die Antwort der UPOV an das Sekretariat des CBD bezüglich des Zugangs zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich (Anlage III des Dokuments C/37/21) und auf die Zusammenarbeit mit der FAO hingewiesen (vergleiche Dokument C/40/19, Absatz 50).

56. Die Erkenntnisse des UPOV-Berichts über die Auswirkungen des Sortenschutzes, nämlich daß die Umsetzung des UPOV-Sortenschutzsystems und die Mitgliedschaft bei der UPOV für die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere im ländlichen Sektor von Bedeutung sein können, werden von Entscheidungsträgern in zunehmendem Masse zur Kenntnis genommen.

57. Von besonderem Belang im Rahmen der externen Beziehungen sind die Kontakte der UPOV mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in bezug auf das Saatguthandelssystem der OECD sowie mit der Internationalen Vereinigung für Saatgutprüfung (ISTA).

58. Es besteht wachsendes Interesse seitens einiger Zentren der Beratenden Gruppe für die internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR) an einer Zusammenarbeit mit der UPOV. Dies betrifft insbesondere das Internationale Reisforschungsinstitut (IRRI), das Internationale Zentrum für landwirtschaftliche Forschung in Dürregebieten (ICARDA) und *Bioversity International* (ehemaliges Internationales Institut für pflanzengenetische Ressourcen, IPGRI).

59. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen konzentriert sich die UPOV auf weltweite Züchterverbände wie die Internationale Gemeinschaft der Züchter vegetativ vermehrbarer Zier- und Obstpflanzen (CIOPORA) und den Internationalen Saatgutverband (ISF) sowie auf regionale Züchterverbände, u. a. den Afrikanischen Saatguthandelsverband (AFSTA), die Saatgutvereinigung für Asien und den Pazifik (APSA), die *European Seed Association* (ESA), die *Federación Latinoamericana de Asociaciones de Semillistas* (FELAS) und die *Seed Association of the Americas* (SAA).

60. Die Website der UPOV hat sich zu einem bedeutenden Mittel der Verständigung mit Mitgliedern und der Öffentlichkeit entwickelt. Die Aufnahme von Dokumenten in die Website ersetzte weitgehend den Postversand von Papierexemplaren durch das Büro. Die Standpunkte der UPOV zu wichtigen Fragen werden der Öffentlichkeit über die Website zur Kenntnis gebracht. Die Datenbanken der UPOV werden im Verlauf der Rechnungsperiode 2008-2009 auf der Website verfügbar sein. Weitere Produkte des Büros, wie die *UPOV Gazette and Newsletter „Plant Variety Protection“* und die UPOV-ROM-Datenbank für Pflanzensorten, werden weiterhin produziert und verbreitet. Allgemeines Informationsmaterial über die UPOV wird weiter verbessert werden, und bedeutende Ergebnisse der Arbeit der UPOV, wie der „UPOV-Bericht über die Auswirkungen des Sortenschutzes“, sind auf der Website und als Buch verfügbar.

61. Der bei der Verstärkung des Profils der UPOV in der Öffentlichkeit erzielte Erfolg setzt die Aufrechterhaltung der Tätigkeiten und Ressourcen im Rahmen dieses Unterprogramms auf dem heutigen Niveau voraus.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Anerkennung der Bedeutung des UPOV-Systems durch einschlägige Organisationen.	1.1 Anzahl Gelegenheiten, bei denen die UPOV zur Teilnahme an oder zu Referaten auf Sitzungen von zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen eingeladen wird. 1.2 Aufnahme von Bestimmungen, die den UPOV-Grundsätzen entsprechen, in internationale Vertragswerke.
2. Besseres Verständnis der fundamentalen Grundsätze des UPOV-Übereinkommens.	2.1 Anzahl eingegangener Ersuchen um Auskünfte. 2.2 Anzahl Hinweise auf das UPOV-System in den Medien. 2.3 Anzahl Besuche auf der UPOV-Website.

Tätigkeiten

- Weitere Optimierung und Aktualisierung des Informationsmaterials und der Informationsverfahren der UPOV (Druckmaterial und Website).
- Veröffentlichung des „UPOV-Berichts über die Auswirkungen des Sortenschutzes“ in allen UPOV-Sprachen als Buch und auf der Website.
- Teilnahme an Sitzungen von zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen.
- Möglichkeit der Durchführung weiterer Sitzungen oder Symposien.

D. Einnahmen in der Rechnungsperiode 2008-2009

62. Der in Abschnitt B enthaltene Mittelplan, der den vorgeschlagenen Entwurf des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009 beschreibt (vergleiche Tabelle 2), weist zwei verschiedene Arten von Mitteln aus: i) die Mittel im ordentlichen Haushalt und ii) die Treuhandgelder. Es ist zu erwähnen, daß nichtgeldliche Beiträge (Sachleistungen), insbesondere technische Unterstützung und Ausbildungsveranstaltungen von Verbandsmitgliedern, im Haushaltsplan der UPOV nicht ausgewiesen sind.

63. Die Gesamteinnahmen im ordentlichen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 dürften sich auf 6 754 000 CHF stellen. Dieser Einnahmenbetrag liegt um 53 000 CHF bzw. 0,8 % höher als die Einnahmen von 6 701 000 CHF für die Rechnungsperiode 2006-2007. Die Veränderungen sind weitgehend auf höhere Zinserträge zurückzuführen. Diese Prognose geht insbesondere von 60,60 Beitragseinheiten im Jahre 2008 und 61,20 Beitragseinheiten im Jahre 2009 aus und sieht keine Änderung der Höhe der Beitragseinheit vor, die in den kommenden zwei Jahren bei 53 641 CHF verbleiben soll. Anlage II dieses Dokuments listet die Beiträge der Verbandsmitglieder zum 31. Juli 2007 auf.

64. Nebst den Beiträgen der Verbandsmitglieder nimmt die UPOV Mittel aus dem Verkauf von Veröffentlichungen von schätzungsweise 70 000 CHF, aus der Verzinsung von Bankeinlagen aus dem Reserve- und dem Betriebsmittelfonds von schätzungsweise 70 000 CHF, was der erwarteten Erhöhung der Reserven entspricht, sowie sonstige verschiedene Einnahmen in Höhe von 80 000 CHF ein, einschließlich der Kosten für Verwaltungsunterstützung im Rahmen der Treuhandgelder und geschätzter Einnahmen von 20 000 CHF aus Teilnahmegebühren für das UPOV-Fernlehrgangsprogramm. Ohne die Beiträge dürften diese Einnahmequellen in der Rechnungsperiode 2008-2009 insgesamt 3 % der ordentlichen Einnahmen der UPOV ausmachen. Tabelle 7 führt die Einnahmen nach Quellen für beide Rechnungsperioden detailliert auf.

Tabelle 7: Einnahmen 2006-2007 und 2008-2009: Veränderung nach Quellen
(in 1 000 CHF)

<i>Quelle</i>	<i>2004-2005 Tatsächlich A</i>	<i>2006-2007 Angenommen B</i>	<i>Abweichung</i>		<i>2008-2009 Veranschlagt D=B+C</i>
			<i>C</i>	<i>C/B(%)</i>	
Beiträge	5 852	6 517	17	0,3	6 534
Veröffentlichungen	73	70	0	0,0	70
Zinsen	62	40	30	75,0	70
Sonstiges	56	74	6	8,0	80
Insgesamt	6 043	6 701	53	0,8	6 754

E. Finanzindikatoren 2002-2011

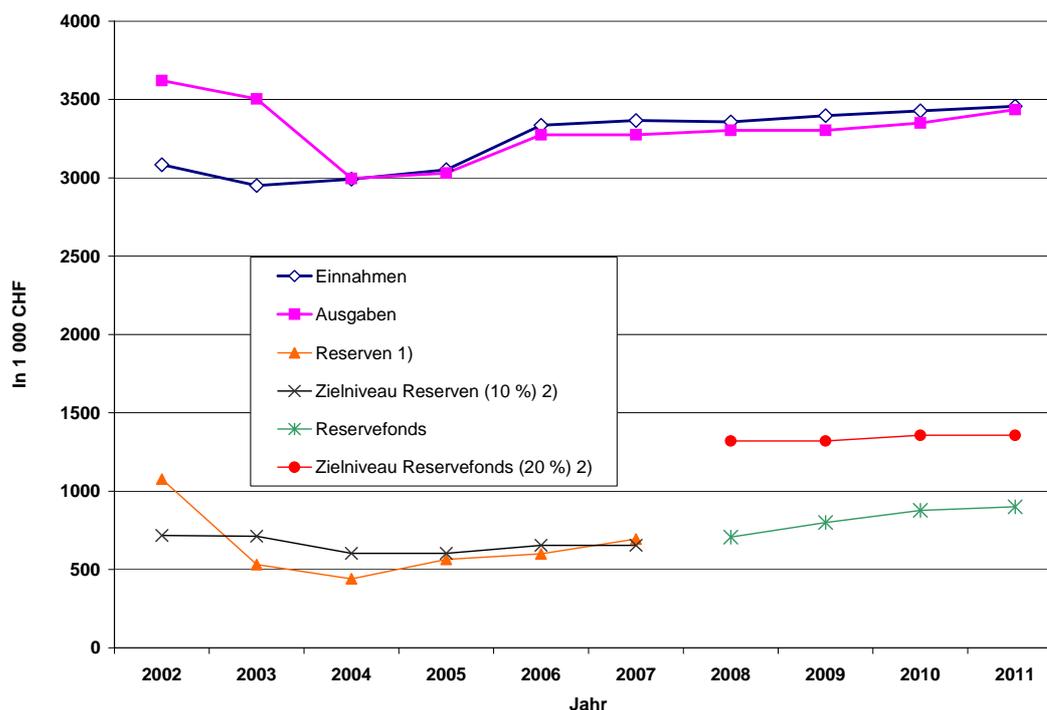
65. Der vorgeschlagene Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2008-2009 umfaßt eine Darstellung der Finanzindikatoren über einen Zeitraum von zehn Jahren, einschließlich zweier Jahre über die neue Rechnungsperiode hinaus, sowie Informationen aus der jüngsten Vergangenheit. Die Darstellung der Finanzindikatoren soll den vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 in einen Kontext stellen: Angabe der Trends und Beurteilung der künftigen finanziellen Nachhaltigkeit. Diese Auskünfte werden erteilt, um den Verbandsmitgliedern die Überprüfung und Entscheidung bezüglich des vorgeschlagenen Programms und Haushaltsplans zu erleichtern, und sollten nicht als spezifisches finanzielles Engagement oder eine Billigung der Finanzen über das Jahr 2009 hinaus ausgelegt werden. Aus Tabelle 8 und dem nachstehenden Diagramm geht die Entwicklung des ordentlichen Haushaltsplans in bezug auf Einnahmen, Ausgaben und Höhe des Reserve- und des Betriebsmittelfonds hervor.

Tabelle 8: Einnahmen, Ausgaben und Reserven 2002-2011
(in 1 000 CHF)

	<i>Tatsächlich</i>				<i>Haushaltsplan</i>		<i>Veranschlagt</i>		<i>Geschätzt</i>	
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einnahmen	3 084	2 951	2 991	3 052	3 335	3 366	3 357	3 397	3 427	3 457
Ausgaben	3 621	3 504	2 996	3 030	3 275	3 275	3 303	3 303	3 350	3 435
Reserven ¹⁾	1 077	532	440	565	600	694	1 229	1 323	1 410	1 437
Reservefonds				100	143	186	707	800	878	900
Angestrebtes Niveau des Reservefonds ²⁾	717	713	603	603	655	655	1 321	1 321	1 357	1 357

¹⁾ Reservefonds und Betriebsmittelfonds.

²⁾ Bis 2007: Angestrebtes Niveau der Reserven (Reservefonds und Betriebsmittelfonds): 10 % der veranschlagten Ausgaben pro Rechnungsperiode. Ab 2008: Angestrebtes Niveau des Reservefonds: 20 % der veranschlagten Ausgaben pro Rechnungsperiode.



66. Der vorübergehende Anstieg der Ausgaben über das Niveau der Einnahmen hinaus in den Jahren 2002 und 2003 wirkte sich direkt auf die Reserven aus, deren Stand sich entsprechend reduzierte. Da dieses durch aufgelaufene Reserven finanzierte Ausgabeniveau ab 2004 nicht beibehalten werden konnte, wurden die Ausgaben auf ungefähr die gleiche Höhe wie die erwarteten Einnahmen zurückgeführt. Eine außergewöhnliche Zunahme der Einnahmen infolge der Beitritte zum Verband im Jahre 2005 hatte in den Jahren 2006 und 2007 vorübergehend einen Überschuß zur Folge. Es wird erwartet, daß infolge der im Jahre 2006 weitgehend in Zusammenarbeit mit der WIPO getroffen einmaligen Maßnahmen in bezug auf den Betriebsaufwand und aufgrund von Einsparungen die tatsächlichen Ausgaben niedriger liegen werden als die veranschlagten Ausgaben, was die Aufstockung des Reservefonds gemäß einer Empfehlung des Buchprüfers ermöglichen wird, der das zuvor angestrebte Niveau von 10 % des Haushaltsplans für ungenügend hält. Das höhere Niveau des Reservefonds würde jedoch das angestrebte Niveau von 20 % des Haushaltsplans, das als angemessen angesehen werden könnte, noch immer nicht erreichen. In den Jahren 2008, 2009 und 2010 dürften die Ausgaben geringfügig unter der Einnahmehöhe liegen. Ohne eine Erhöhung des Betrags, der einer Beitragseinheit entspricht, dürften sich die Einnahmen jedoch weniger als die Ausgaben erhöhen, und 2011 werden die Ausgaben den Einnahmen entsprechen und könnten sie nach 2011 übersteigen. Bei der Festlegung von Finanzindikatoren für künftige Jahre werden folgende Annahmen aufgestellt:

- Einnahmen: Die Beiträge von Verbandsmitgliedern dürften die hauptsächliche Einnahmequelle bleiben. Die Anzahl Einheiten dürfte um eine halbe Einheit jährlich zunehmen, wenn neue Mitglieder dem Verband beitreten. Die bestehenden Mitglieder dürften ihre derzeitige Beitragshöhe beibehalten, und die Höhe der Beitragseinheit dürfte bis zum Jahr 2011 nominal unverändert bleiben. Andere Einnahmequellen als die Beiträge dürften auf dem gleichen Stand wie in der Rechnungsperiode 2008-2009 verbleiben.
- Ausgaben: Die Ausgabenhöhe dürfte nach 2009 auf dem Niveau der kommenden Rechnungsperiode verbleiben, wobei bei den Personalkosten unter Vorwegnahme der Aktualisierung des gemeinsamen Gehalts- und Leistungssystems der Vereinten Nationen Anpassungen erfolgen werden. Die Zahlen sind rein provisorisch, und es wird keine Billigung dieser Ausgabenhöhe seitens der Verbandsmitglieder verlangt.
- Außeretatmäßige Mittel: Es wird erwartet, daß die Beträge mittelfristig auf dem gleichen Stand wie in früheren Rechnungsperioden verbleiben werden.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

VERFAHREN ZUR HAUSHALTSAUFSTELLUNG

1. Die Beschreibung der Verfahren zur Aufstellung des ordentlichen Haushaltsplans sieht die Kodifizierung und Klärung der Haushaltspraxis sowie die Rolle der verschiedenen Abschnitte in diesem Entwurf eines Programms und Haushaltsplans vor. Der Prozeß der Haushaltsaufstellung beginnt mit dem angenommenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2006-2007 und schließt mit dem vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009, indem die Veränderung zwischen dem Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2006-2007 und dem vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 einbezogen wird. Die Veränderung zwischen den beiden Rechnungsperioden wird entweder als Programmänderung oder als Kostenänderung erläutert. Tabelle 3 faßt die in dieser Anlage I erörterten Hauptindikatoren zusammen.
2. Haushaltsplan 2006-2007: Der Ausgangspunkt für den Haushaltsplan ist in Dokument C/39/4 dargelegt. Die Ergebnisse der Zwischenbilanz 2006 (Dokument C/41/11) und die jüngsten Informationen über den Cash-flow sind berücksichtigt.
3. Vorgeschlagener Haushaltsplan 2008-2009: Der vorgeschlagene Haushaltsplan ist das Ergebnis der Addition der Veränderung gegenüber dem Haushaltsplan 2006-2007. Die Veränderung umfaßt Programmänderungen, die die anstehende Entscheidungen widerspiegeln, und Kostenänderungen, die von außen verursachte Änderungen widerspiegeln, für die das Verbandsbüro Annahmen zu treffen hat.
5. Ein Mittelplan über zehn Jahre ist in Tabelle 8 dieses Dokuments wiedergegeben, um einen globalen Finanzüberblick, einschließlich der Haushaltsvoranschläge, der verfügbaren Mittel und der Bewegungen der Reserven, zu vermitteln. Dieser Mittelplan soll bei der Einschätzung der finanziellen Nachhaltigkeit des Verbandsbüros auf mittlere Sicht behilflich sein.

[Anlage II folgt]

ANLAGE II

BEITRÄGE DER MITGLIEDER ZUM 31. JULI 2007

(in CHF)

2006 Ist	2007 Ist	Mitglieder	Anzahl Einheiten	Fällig im Januar 2008	Fällig im Januar 2009
10 728	10 728	Albanien	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Argentinien	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Aserbajdschan	0,20	10 728	10 728
53 641	53 641	Australien	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Belarus	0,20	10 728	10 728
80 462	80 462	Belgien	1,50	80 462	80 462
10 728	10 728	Bolivien	0,20	10 728	10 728
13 410	13 410	Brasilien	0,25	13 410	13 410
10 728	10 728	Bulgarien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Chile	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	China	0,50	26 820	26 820
80 462	80 462	Dänemark	1,50	80 462	80 462
268 205	268 205	Deutschland	5,00	268 205	268 205
0	0	Dominikanische Republik	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Ecuador	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Estland	0,20	10 728	10 728
268 205	268 205	Europäische Gemeinschaft	5,00	268 205	268 205
53 641	53 641	Finnland	1,00	53 641	53 641
268 205	268 205	Frankreich	5,00	268 205	268 205
53 641	53 641	Irland	1,00	53 641	53 641
0	10 728	Island	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Israel	0,50	26 820	26 820
107 282	107 282	Italien	2,00	107 282	107 282
268 205	268 205	Japan	5,00	268 205	268 205
10 728	10 728	Jordanien	0,20	10 728	10 728
53 641	53 641	Kanada	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Kenia	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kirgisistan	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kolumbien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kroatien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Lettland	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Litauen	0,20	10 728	10 728
0	10 728	Marokko	0,20	10 728	10 728

2006 Ist	2007 Ist	Mitglieder	Anzahl Einheiten	Fällig im Januar 2008	Fällig im Januar 2009
40 231	40 231	Mexiko	0,75	40 231	40 231
53 641	53 641	Neuseeland	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Nicaragua	0,20	10 728	10 728
160 923	160 923	Niederlande	3,00	160 923	160 923
53 641	53 641	Norwegen	1,00	53 641	53 641
80 462	80 462	Österreich	0,75	40 231	40 231
10 728	10 728	Panama	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Paraguay	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Polen	0,50	26 820	26 820
26 820	26 820	Portugal	0,50	26 820	26 820
40 231	40 231	Republik Korea	0,75	40 231	40 231
10 728	10 728	Republik Moldau	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Rumänien	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Russische Föderation	0,50	26 820	26 820
80 462	80 462	Schweden	1,50	80 462	80 462
80 462	80 462	Schweiz	1,50	80 462	80 462
10 728	10 728	Singapur	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Slowakei	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Slowenien	0,20	10 728	10 728
107 282	107 282	Spanien	2,00	107 282	107 282
53 641	53 641	Südafrika	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Trinidad und Tobago	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Tschechische Republik	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Tunesien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Ukraine	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Ungarn	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Uruguay	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Usbekistan	0,20	10 728	10 728
107 282	107 282	Vereinigtes Königreich	2,00	107 282	107 282
268 205	268 205	Vereinigte Staaten von Amerika	5,00	268 205	268 205
0	10 728	Vietnam	0,20	10 728	10 728
3 226 499	3 258 683		60,20	3 229 180	3 229 180

[Anlage III folgt]

ANLAGE III

ERLÄUTERUNG DER HAUSHALTSTITEL

Einnahmequellen

Beiträge

Beiträge der Verbandsmitglieder nach dem UPOV-Übereinkommen (Artikel 29 der Akte von 1991 und Artikel 26 der Akte von 1978).

Einnahmen aus Veröffentlichungen

Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen und Produkten des Verbandsbüros.

Zinsertrag

Einnahmen aus der Verzinsung von Geldeinlagen.

Sonstige Einnahmen

Alle sonstigen, oben nicht beschriebenen Einnahmen, einschließlich Buchhaltungsberichtigungen (Gutschriften) aus früheren Jahren, Währungsanpassungen (Gutschriften) und Einnahmen zur Deckung von „Unterstützungskosten“ bezüglich außeretatmäßiger Tätigkeiten, die von der UPOV durchgeführt und aus Treuhandgeldern finanziert werden, Anteil der UPOV am gemeinsamen Einkommen der WIPO.

Ausgabenposten

Personalkosten

Posten

Bezüge des Personals, insbesondere Gehälter, Ortszuschläge, Kinderbeihilfen, Sprachenzulagen und Überstunden, Nichtansässigkeitszuschläge, Postenzuschläge und Repräsentationszuschläge sowie alle von den Mitarbeitern bezogenen Zulagen, die nicht in den Gehältern enthalten sind. Letztere umfassen: Arbeitgeberbeiträge zur Pensionskasse, Beteiligung im Rahmen des Krankenversicherungssystems, Beitrag an die Entlassungsabfindung für die Deckung der Zahlungen im Falle des Ausscheidens aus dem Dienst, Studienbeihilfen, Umzugskosten, Reisekosten für unterhaltsberechtigte, in der Ausbildung befindliche Kinder, Heimaturlaub, Einrichtungsbeihilfen am Dienort, Berufsunfallversicherungsprämien, Rückerstattung nationaler Einkommensteuern auf die vom Verbandsbüro gezahlten Gehälter sowie sonstige vom Verbandsbüro gezahlte Zulagen, Entschädigungen oder Beihilfen.

Ausgaben für Zeitverträge

Bezüge und Zulagen für Mitarbeiter in befristeter Anstellung.

Nichtpersonalressourcen

Reisen und Stipendien

Dienstreisen

Reisekosten und Tagegelder für Personal und im Hauptsitz stationierte Berater des Verbandsbüros auf Dienstreisen.

Reisen Dritter

Reisekosten und Tagegelder für Regierungsbeamte, Teilnehmer und Referenten, die an von der UPOV finanzierten Tagungen teilnehmen.

Stipendien

Reisekosten, Tagegelder sowie Ausbildungs- und sonstige Gebühren im Zusammenhang mit der Teilnahme von Auszubildenden an Lehrgängen und Seminaren, langfristige Stipendien.

Vertraglich vereinbarte Dienste

Konferenzdienste

Honorare, Reisekosten und Tagegelder für Dolmetscher, Anmietung von Konferenz- und Simultanübersetzungsanlagen, Erfrischungen und Empfänge sowie die Kosten für alle sonstigen unmittelbar mit der Veranstaltung einer Konferenz verbundenen Dienste.

Berater

Alle mit der Beschäftigung von Beratern verbundenen Kosten, insbesondere: Honorare, Reisekosten und Tagegelder, mit Ausnahme von Kosten für Dienstreisen der im Hauptsitz stationierten Berater, Honorare für Referenten.

Veröffentlichungen

Druck und Binden extern: Fachzeitschriften: Papier und Druck, sonstige Druckerarbeiten: Abdruck von in den Fachzeitschriften erschienenen Artikeln, Broschüren, Verträge, Sammlungen von Gesetzestexten, Handbücher, Arbeitsformulare und sonstiges gedrucktes Material, Herstellung von CD-ROM, Videofilmen, Tonbändern und sonstigen Formen der elektronischen Veröffentlichung.

Sonstige Dienstleistungen

Honorare für die Übersetzung von Dokumenten, Miete von Computerzeit, Kosten für Personalausbildung, Einstellungskosten und sonstige vertraglich vereinbarte externe Dienste.

Betriebsaufwand

Alle Ausgaben aus dem Erwerb, der Anmietung, Verbesserung und Instandhaltung von Büroräumen und der Anmietung oder Wartung von Ausrüstungen und Mobiliar. Kosten für Nachrichtenverbindungen wie Fernsprehdienst, Telegramme, Fernschreiber, Faksimile und

Postgebühren, Aufgabe und Beförderung von Dokumenten, sonstige Kosten wie medizinische Versorgung, Unterbringungsdiens, Verwaltungsgericht, Personalverband, Bewirtung, Bankgebühren, Zinsen für Bank- und andere Kredite (mit Ausnahme von Baukrediten), Währungsangleichungen (Lastschriften), Buchprüfungsgebühren, unvorhergesehene Ausgaben und Buchhaltungsberichtigungen (Lastschriften) für frühere Jahre, Beiträge an gemeinsame administrative Tätigkeiten im System der Vereinten Nationen sowie alle gemeinsamen Ausgaben, die entweder mit den gemeinsamen Tätigkeiten mit der WIPO oder den von der WIPO tatsächlich erbrachten Dienstleistungen verbunden sind.

Gerät und Bürobedarf

Mobiliar und Gerät

Ankauf von Mobiliar und Gerät, insbesondere: Büromöbel und Büromaschinen, Text- und Datenverarbeitungsgeräte, Konferenzanlagen, Vervielfältigungsgeräte, Transportmittel.

Bürobedarf und Material

Alles Material, insbesondere: Schreibpapier und Büromaterial, Material für die Vervielfältigung im Hause (Offset, Mikrofilm usw.), Bücher für die Bücherei und Bezug von Fachzeitschriften und regelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen, Uniformen, Material für die Datenverarbeitung, Computersoftware und Lizenzen.

Programme

Hauptprogramm: Die UPOV besteht aus einem Hauptprogramm, das aufgestellt wurde, um die von ihrer Mitgliedschaft festgelegten Prioritäten zu erreichen. Seine übergreifenden Zielsetzungen sind nach Kategorien auf Ebene der Unterprogramme gegliedert.

Unterprogramme: Das UPOV-Hauptprogramm ist in vier Unterprogramme (UV.1-UV.4) gegliedert. Jedes Unterprogramm ist aus Arbeitsplänen abgeleitet, für die eine Kostenschätzung vorgenommen wurde, und der Fortschritt wird an zuvor festgelegten Zielsetzungen gemessen. Dieses Vorgehen unterstützt die effiziente und kostenwirksame Verwendung der Mittel und die Aufrechterhaltung eines Systems der Rechenschaftspflicht für die Umsetzung der Programme.

[Ende der Anlage III und des Dokuments]